

RAIMUND KÖHN

Soziale und ökologische Nachhaltigkeit

Worum geht es?

Eines scheint Klimatologen mittlerweile unstrittig zu sein: Es gibt einen globalen Treibhauseffekt. Die Wetteranomalien der vergangenen Jahre haben die frühen Prognosen aus den 80er Jahren bestätigt. Wirbelstürme, Tornados, Orkane, Überschwemmungen, mit natürlichen Klimaschwankungen sind sie kaum noch erklärbar. Jahr für Jahr werden sie heftiger und sie treten immer häufiger auf.

Strittig ist allerdings nach wie vor, ob dieser Treibhauseffekt anthropogenen Ursprungs ist oder natürliche Ursachen hat. Zu letzteren werden vorrangig erhöhte Sonnenaktivitäten gezählt. Doch auch die These, es handle sich lediglich um langfristige Veränderungen, wird immer noch vertreten. Zu fragen ist allerdings, welche Konsequenzen ziehen die unterschiedlichen Annahmen über die Ursachen des Treibhauseffektes nach sich?

Nehmen wir an, der Treibhauseffekt ist tatsächlich natürlichen Ursprungs. Die Menschheit hätte dann keinerlei Einfluss auf die Erwärmung und müsste sich an die Veränderungen anpassen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen könnten die Erhöhung der Deiche in Küstenregionen sein, Räumung gefährdeter Gebiete, die sich nicht mehr durch Deiche schützen lassen, Ausbau der künstlichen Bewässerungssysteme in jenen Regionen, die zukünftig verstärkt von lang andauernden Dürren bedroht sind, oder auch der Bau von wirbelsturmsicheren Auffanglagern. Diese Liste der Anpassungsmaßnahmen könnte beliebig fortgesetzt werden. Aber empfehlen die Vertreter der These eines natürlichen Treibhauseffektes diese Maßnahmen?

Mitnichten, die Argumente gegen jene Klimatologen, die vor den Folgen eines anthropogenen Treibhauseffektes warnen, wurden nur genutzt, um die Untätigkeit verschiedener Regierungen, insbesondere der USA, zu legitimieren. Das hat sich im Jahr 2005 als grobe Nachlässigkeit erwiesen und zur Zerstörung der Infrastruktur einer ganzen Küstenregion geführt.

Doch gesetzt den Fall, die globale Erwärmung ist eine Folge des industriellen Ausstoßes von klimawirksamen Treibhausgasen, welche Handlungsoptionen hätte die Menschheit dann? Die aktuell diskutierten Modelle gehen von einem unterschiedlichen Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen mit unterschiedlichen Konsequenzen aus. Die Schätzungen reichen von 1,4°C bis 5,8°C in den nächsten 100 Jahren (IPCC Third Assessment Report: Climate Change 2001). Je nach den Anstrengungen, die zur Reduktion unternommen werden, läge es im Handlungsrahmen der Menschen, welcher Zustand letztlich eintritt. Das Minimum scheint mittlerweile nicht mehr zu verhindern zu sein. Allerdings könnte durch eine massive Reduktion der Treibhausgase der schlimmste anzunehmende Fall vermieden werden. Doch trotz der immer offensichtlicher werdenden ökologischen Bedrohung bleiben fast alle Staaten untätig. Die OECD-Staaten haben ihren CO₂-Ausstoß von 1990 bis 2000 um fast 9% gesteigert, die nicht OECD-Staaten immerhin um fast 5%. Ohne den Zusammenbruch der Industrien in den Staaten des ehemaligen Ostblocks sähe die Zunahme noch erschreckender aus¹.

Zu fragen ist deshalb in erster Linie, warum unternehmen die Regierungen nichts, um den Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase zu reduzieren?

Interessanterweise greift hier eine in den 90er Jahren entwickelte Argumentationsstruktur, die die ökologischen Probleme in die Verantwortung der Konsumenten verlagert und vermeintliche Energie- und Ressourceneinsparungen seitens der Industrie betont. Das politisch für erforderlich gehaltene Wirtschaftswachstum gerät damit aus dem Fokus der Kritik. Es wird gleichzeitig der Eindruck erweckt, die Konsumenten könnten durch ihr Verbrauchsverhalten Einfluss nehmen, seien

1 In der UdSSR betrug der Rückgang des Energieverbrauchs fast ein Drittel, aber auch Deutschland profitierte in erheblichem Maße von der Abwicklung der DDR-Industrie (Quelle: OECD 2001).

jedoch offenbar nicht bereit, dieses grundlegend zu ändern. Bei dieser Argumentation handelt es sich jedoch, wie noch gezeigt wird, um eine Vorspiegelung falscher Tatsachen und Zusammenhänge, das was gemeinhin als Ideologie bezeichnet wird.

Die sozialen Folgen der unbremsten Globalisierung

Die hohe Massenarbeitslosigkeit scheint gegenwärtig im Mittelpunkt der Politik aller Parteien in Deutschland zu stehen. So unterschiedlich die Annahmen über die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit auch sein mögen, Konsens herrscht hinsichtlich der Lösung des Problems: Deutschland braucht ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum.

Zu fragen ist zunächst, warum stellt eine hohe Arbeitslosigkeit ein Problem dar?

Ganz offensichtlich belastet eine hohe Arbeitslosigkeit die sozialen Sicherungssysteme. Die Einnahmen der Renten- und Krankenkassen sinken ebenso wie die der Arbeitslosenversicherung. Gleichzeitig sinken die Staatseinnahmen aufgrund sinkender Lohnsteuereinnahmen. Für die öffentlichen Haushalte besonders prekär ist, dass bei sinkenden Einnahmen die Defizite der sozialen Sicherungssysteme aus dem Staatshaushalt ausgeglichen werden müssen.

Das alles liegt auf der Hand. Doch unterschlägt diese Kurzbeschreibung des aktuellen Dilemmas einen enorm wichtigen Aspekt: Die Politik hat in den vergangenen 20 Jahren die Unternehmen und Vermögenden kontinuierlich entlastet und sich dadurch selbst in die fatale Abhängigkeit von lohnabhängiger Beschäftigung gebracht². Anders ist der paradoxe Umstand, dass die Unternehmen gegenwärtig prächtige Gewinne erwirtschaften und die Staatseinnahmen trotzdem sinken, nicht zu verstehen. Und als wäre dieser Umstand nicht schon bedenklich genug, wird die steuerliche Entlastung der Vermögenden fortgesetzt.

Doch warum setzen SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne weiterhin auf die Entlastung der Unternehmen bei den Lohnnebenkosten und Unternehmenssteuern?

Gemäß der gängigen volkswirtschaftlichen Theoriebildung werden die Produktionsfaktoren auf dem Markt nach ihren Preisen nachgefragt. Einfach ausgedrückt, hat ein Faktor einen niedrigen Preis, wird er stärker nachgefragt und umgekehrt. Diese Annahme mag für Waren und Dienstleistungen vielleicht stimmen, aller-

dings wird unterstellt, der Arbeitsmarkt sei ebenso ein Markt, der nach diesen vermeintlichen Gesetzen funktioniere. Die Konzepte der etablierten Parteien stützen sich genau auf diese Annahme, wenn sie unterstellen, die Ursache der hohen Arbeitslosigkeit seien die zu hohen Lohnkosten.

Nur im Rahmen dieser Logik ist zu verstehen, dass trotz der sinkenden Einnahmen der Kranken- und Rentenkassen, der Pflegeversicherung und der Arbeitslosenversicherung die Beiträge für die Arbeitgeber gesenkt werden sollen und schon gesenkt worden sind, indirekte Lohnkürzungen durch Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich durchgesetzt wurden und seit Jahren an die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften appelliert wird, nur ja keine zu hohen Lohnforderungen zu stellen. Ergänzt wird diese Politik durch die steuerliche Entlastung der Unternehmen. Grund hierfür ist die wiederum aus der Volkswirtschaftslehre stammende Annahme, dass Unternehmen, die hohe Profite machen, diese investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen. Doch sind die Investitionen in Deutschland wirklich zu niedrig? Statistisch betragen die Bruttoanlageinvestitionen in den vergangenen fünf Jahren fast 20% des Bruttoinlandsproduktes, also zwischen 380 und 400 Mrd. Euro. Diese Summe entspricht rund 44% der Bruttolöhne und Gehälter, die im gleichen Zeitraum gezahlt worden sind. Dass aber trotz dieser enormen Investitionen keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern wegrationalisiert worden sind, sollte auch die letzten Vertreter dieser These von der Unhaltbarkeit überzeugen.

Doch zeigt sich die Irrationalität der aktuellen Politik in weiteren Bereichen. Zwingend erforderlich in Anbetracht der real existierenden Massenarbeitslosigkeit wäre die gesamtgesellschaftliche Reduzierung der Wochenarbeitszeit, um das noch vorhandene Arbeitszeitkontingent besser zu verteilen. Hierbei müsste, anders als in den 70er Jahren, nicht einmal über einen vollen Lohnausgleich diskutiert werden. Die lohnabhängig Beschäftigten akzeptieren seit langem Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate, werden durch ständige Erhöhungen der Beiträge zur Krankenversicherung belastet und akzeptieren nicht selten unbezahlte Mehrarbeit. Die Verzichtsmoralität auf Seiten der Beschäftigten ist mittlerweile extrem ausgeprägt. Dazu hat sicherlich die rigide Politik des Sozial- wie des Arbeitsplatzabbaus beigetragen. Ob es sich hierbei um eine erfreuliche Entwicklung handelt, ist eine andere Frage. Die Ausgangslage ist dennoch eindeutig: Folge der Senkung der Lohnkosten ist keinesfalls die Erhöhung der Nachfrage nach Arbeit, sondern lediglich die zunehmende Verarmung erheblicher Teile der Bevölkerung und das Wachstum der Profite der Unternehmen. Genauso wenig hat die steuerliche Entlastung der Unternehmen zu Investitionen geführt, die Arbeitsplätze

² Die Gewerbesteuer betrug 2004 nicht einmal 5% der Staatseinnahmen, die Körperschaftsteuer lag nochmals um die Hälfte niedriger, während die Lohnsteuer mit 25% auf Platz 2 knapp hinter der Umsatz- und Mehrwertsteuer rangierte (Quelle: Stat. Bundesamt 2005).

schaffen, sondern vielmehr den Einsatz moderner Techniken und Anlagen gefördert, die weitere Rationalisierungen in den Betrieben ermöglichen. Das Problem der Massenarbeitslosigkeit wird durch beide Maßnahmen also nur weiter verschärft, denn gelöst.

Eine weitere, in der momentanen Krise häufig vernachlässigte Folge ist das Wachstum des industriellen Energie- und Ressourcenverbrauchs. Die spezifischen Innovationen, die nach Aussagen der Politiker die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands global befördern, erhöhen den Ressourcendurchsatz. Denn mit der gleichen Zahl an Beschäftigten können mehr Waren und Dienstleistungen produziert werden³.

Dieser Zusammenhang wird teilweise zwar durch die Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz kompensiert, aber eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourceneinsatz hat keineswegs stattgefunden. Den empirischen Untersuchungen des Wuppertal-Instituts zufolge lässt sich eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs zwischen 1980 und 1987 feststellen, aber bereits bis 1990, also noch vor der Einheit, steigt der Materialinput in Westdeutschland wieder auf das Niveau von 1980. Nach der Vereinigung explodiert der Materialinput kurzfristig, was der wenig effizienten Energiewirtschaft der früheren DDR geschuldet ist, sinkt dann bis Mitte der 90er Jahre, um anschließend auf hohem Niveau wieder zu steigen.

Damit korrespondieren die Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Das Wachstum des BIP betrug 1989 3,9% und 1990 sogar 5,7%. Ähnlich das Bild Ende des vergangenen Jahrtausends, nach fast 10 Jahren mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum unter 2% steigt es 1998 auf 2% und 2000 sogar auf 3,2%. Wirtschaftswachstum und Materialinput sind also keinesfalls entkoppelt, aber es lassen sich grobe Grenzwerte empirisch ablesen, unterhalb derer die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz mit einem moderaten Wirtschaftswachstum zur Verringerung der Umweltbelastung führen kann. Aktuell und unter Voraussetzung der vorhandenen Effizienzsteigerungspotenziale scheint dieser Grenzwert bei 1,5% Wirtschaftswachstum zu liegen, also einem Wert, der in diesem Jahrzehnt (2004 mit 1,6%) bisher nur einmal überschritten worden ist. Ein solch moderates Wirtschaftswachstum ist aber nach Ansicht der Politiker die Ursache für die sozialen Probleme, insbesondere die Massenarbeitslosigkeit. Ist die Situation also nüchtern betrachtet ausweglos? Können wir nur zwischen Sodom und Gomorrha wählen, steigender Arbeitslosigkeit oder steigender Umweltverschmutzung?

³ Bei der Forderung nach mehr Wirtschaftswachstum wird selten beachtet, dass 1% heute im Umfang etwa 14% Wachstum in den 50er Jahren entspricht.

Auswege aus der sozialen und ökologischen Krise

Die Lösung der Probleme liegt auf der Hand und wird dennoch in der politischen Diskussion verdrängt. Empirische Untersuchungen in den USA, die in diesem Zusammenhang häufig als positives Beispiel genannt werden (wohlgemerkt mit akzeptierten sozialen Katastrophen für den Niedriglohnsektor), haben gezeigt, dass für die Stabilisierung der Beschäftigung auf einem konstanten Niveau ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 3% erforderlich ist. Nennenswerte Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt sind erst ab einem Wirtschaftswachstum von 5% zu erwarten. Welchen Einfluss die Kriege der USA in den vergangenen 15 Jahren auf das Wirtschaftswachstum hatten, das nur am Rande, wird in den empirisch-ökonomischen Untersuchungen jedoch ignoriert.

In Deutschland hatten wir ein Wirtschaftswachstum in dieser Größenordnung zuletzt vor 15 Jahren. Und auch für die kommenden Jahre gehen selbst optimistische Prognosen nicht von einem Wachstum von über 3% aus. Kurz- und mittelfristig ist also keinerlei Entlastung auf dem Arbeitsmarkt durch Wirtschaftswachstum zu erwarten. Es kann daher nur einen Ausweg geben: Die gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit sinkt kontinuierlich unterhalb eines Wirtschaftswachstums von 3%. Was liegt näher, als diese gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit durch Arbeitszeitverkürzungen auf mehr Beschäftigte umzuverteilen?

Bereits eine konsequente Umsetzung der 35-Stunden-Woche würde fast 1,8 Mio., die Reduktion auf 33-Stunden sogar 3 Mio. neue Arbeitsplätze schaffen. Mit der Einführung der 30-Stunden-Woche wäre, selbst unter der Annahme, dass aufgrund der Rationalisierungspotenziale in den Unternehmen eine Fülle von Arbeitsplätzen gefährdet sind, die Vollbeschäftigung wieder erreicht. Rein rechnerisch ließen sich diese Arbeitszeitverkürzungen bis zur 33-Stunden-Woche sogar ohne Lohnausgleich realisieren, ohne dass einer der beteiligten Akteure dadurch nennenswerte Einkommensverluste hinzunehmen hat. Würden die beschlossene Reduzierung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2% und die der Krankenversicherungsbeiträge um 1% paritätisch auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt, zusätzlich die steuerlichen Freibeträge auf 10.000 erhöht, ergäbe sich bezogen auf das gesellschaftliche Durchschnittsnettoeinkommen ein Minderverdienst für die Beschäftigten von knapp 100 (ca. 6%) bei einer Reduktion der Arbeitszeit um fast 15%. Die Unternehmen würden nicht zusätzlich belastet und die Staatseinnahmen würden sogar steigen, weil wieder mehr Beschäftigte in die Sozialversicherungssysteme einzah-

len und die Kosten für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit sinken. Die soziale Frage wäre damit im Ansatz im nationalen Rahmen gelöst, aber wie sieht das mit der Umweltbelastung aus?

Unter der Voraussetzung einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der noch vorhandenen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit könnten erstmals staatliche Rahmenbedingungen für das zusätzliche Wirtschaftswachstum gesetzt werden. Die hierfür erforderlichen Grenzwerte wurden bereits genannt. Das Wirtschaftswachstum muss unterhalb von 1,5% liegen, um die vorhandenen Effizienzpotenziale auch in eine tatsächliche Umweltentlastung umsetzen zu können. Je niedriger das Wirtschaftswachstum ist, je höher die vorhandenen Effizienzpotenziale sind, desto stärker lässt sich die Umweltbelastung reduzieren. Dieser Zusammenhang mag vielen Politikern gänzlich irrational erscheinen, aber er ist der einzige, der sowohl die sozialen, als auch die politischen und ökologischen Krisen zu lösen vermag. Es geht um die Teilhabe an der Kultur und dem Konsum (Partizipation am gesamtgesellschaftlichen Reichtum), der Identitätsbildung durch gesellschaftlich anerkannte Tätigkeiten und den Erhalt der Überlebensbedingungen der Menschen/Menschheit.

Neudefinition der Grundannahmen

Für die Auseinandersetzung mit der »ökologischen Krise« und dem Konzept der »Nachhaltigkeit« sind drei Fragen von besonderer Relevanz, die trotzdem häufig unterschlagen werden:

- a) Was wird mit dem Begriff der ökologischen Krise bezeichnet?
- b) Worin werden die Ursachen dieser Krise gesehen?
- c) Wie kann die ökologische Krise gelöst werden?

Von besonderem Interesse ist dabei außerdem die Frage, welcher Status und Stellenwert wird der Ökonomie beigemessen. Zwar stellt kaum jemand in Abrede, dass der Wirtschaft in den fortgeschrittenen Industrienationen eine herausragende Bedeutung bei allen Eingriffen in ökologische Zusammenhänge zukommt. Innerhalb der vorherrschenden soziologischen Theoriebildung ist jedoch seit Jahren eine unverkennbare Abstinenz hinsichtlich der Kritik der Ökonomie zu beobachten. Das hängt sicherlich zum einen mit der Abgrenzung der etablierten westdeutschen Soziologie nach dem zweiten Weltkrieg von der marxistischen Kapitalismuskritik zusammen. Zum anderen scheint jedoch auch der Umstand, dass die Ökologieproblematik erst in den späten 80er Jahren ins Blickfeld der Sozialwissenschaften geriet, von Bedeutung zu sein. Denn werden die Themen der 70er und 80er Jahre verglichen, die in

der Regel unter den Begriff der ökologischen Krise subsumiert werden, fallen einige bedeutsame Verschiebungen auf. Abgesehen von der Entdeckung des Ozonabbaus kreisen die zentralen Bestimmungen dessen, was als ökologische Krise bezeichnet wird, zu Beginn der Umweltbewegungen in den USA und Deutschland um die Ressourcenverknappung. Das Schreckgespenst im Bericht an den Präsidenten (Global 2000) oder auch in den »Grenzen des Wachstums« von Meadows et. al. lässt sich auf den einfachen Nenner bringen: Den Industrienationen geht die Ressourcenbasis aus, um eine Produktion auf dem gleichen (damaligen) Niveau garantieren, geschweige denn kontinuierliches Wirtschaftswachstum aufrecht erhalten zu können.

Kritisiert wurde dabei vor allem die Massenproduktion, also ein industrielles, damit ökonomisches Phänomen, das erst im zweiten Schritt, dem Massenkonsum, auf die Gesellschaft bezogen wurde. Der Fokus der Kritik lag aber zunächst auf der Wirtschaft, die als notwendige Existenzbedingung das Wachstum einforderte. Exemplarisch für diese erste Phase der *ökologischen Kritik* lässt sich das heute fast vergessene »Small is beautiful« von E. F. Schumacher, erstmals 1973 publiziert, anführen. Schumachers »Rückkehr zum menschlichen Maß« ist ein klares Plädoyer für das sogenannte Null-Wachstum der Wirtschaft. Die Argumentation, die sich heute am ehesten in der »Ökologischen Ökonomie« Dalys wiederfindet, läuft letztlich darauf hinaus, dass der Wohlstand, der in den fortgeschrittenen Industrienationen für die Mehrheit der Bevölkerung erreicht worden ist, auch ohne weiteres Wirtschaftswachstum gesichert werden kann⁴. Daly und Cobb versuchen darüber hinaus nachzuweisen, dass das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand nicht mehr gesteigert hat, sondern aufgrund der verschmutzungsbedingten Wohlstandsverluste sogar gesunken ist. Ob und inwieweit die für diese Berechnungen erforderlichen Daten und Grundannahmen korrekt sind, stellt ein Problem dar, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann. Innerhalb der Wirtschaftswissenschaften werden diese Fragen zwar diskutiert, allerdings ist die Ökologische Ökonomie ausgesprochen umstritten und besitzt gegenwärtig zudem wenig praktische Relevanz für wirtschaftspolitische Entscheidungen. Das Dilemma, in dem sich Nicht-Ökonomen befinden, wenn sie die Grundannahmen übernehmen, lässt sich am Beispiel der Wuppertal-Studie verdeutlichen. Anzumerken ist jedoch noch zur frühen Phase der ökologisch motivierten Ökonomiekritik, dass die bedenklichen Folgen des Massenkonsums, ebenso wie die Auswirkungen des Automobilverkehrs eben als Verlust des Blicks für das »menschliche Maß« interpretiert wurden. Mit Rückkehr

4 Dieser Standpunkt findet sich in den meisten Studien und Publikationen des Wuppertal Instituts wieder.

wurde deshalb auch nicht, wie häufig kritisiert, der Verzicht auf die Errungenschaften der modernen Technik bezeichnet, sondern vielmehr auf einen eher moderaten Umgang mit Luxusgütern insistiert. Null-Wachstum bedeutet in diesem Zusammenhang daher in erster Linie die Stabilisierung des Konsums und damit des Ressourcenverbrauchs auf einem für ökologisch verträglich gehaltenen Niveau.

Aus dieser Definition der ökologischen Krise ergibt sich zwar nicht zwangsläufig eine Kapitalismuskritik. Allerdings standen die Ökonomie und vor allem die Praktiken der multinationalen Konzerne zu Beginn der Umweltbewegung viel stärker im Mittelpunkt des Interesses und damit der Kritik, als in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Dieser Wandel ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass durch die Entdeckung ergiebiger Ressourcenlager, insbesondere im Bereich der fossilen Energieträger, die akute Bedrohung durch die Erschöpfung der materialen Basis der Produktion wieder in den Hintergrund rückte. Der ökologische Diskurs verschob sich parallel dazu von der Input- auf die Output-Seite der Produktion. Als problematisch bei der Verbrennung fossiler Energieträger wird seit der Entdeckung des »Treibhauseffektes« weniger ihre Begrenztheit betrachtet, als der damit einhergehende Schadstoffausstoß. Im Kontext einer ökonomischen Terminologie bedeutet das, dass das Hauptaugenmerk nicht auf den Produzenten, sondern den Konsumenten liegt. Und die sind im Rahmen dieser Terminologie nun mal wir alle. Wer fährt kein Auto oder heizt nicht seine Wohnung?

Ohne diese Veränderung des Gegenstandsbereiches der ökologischen Krise ist der spezifische Zugang der Umweltsoziologie, wie sie sich erst gegen Ende der 80er Jahre entwickelt hat, kaum nachzuvollziehen. Signifikant an der disziplinären Selbstbeschränkung ist vor allem, dass sich viele soziologische Untersuchungen auf private Verbrauchsmuster, wie die Nutzung des Autos oder Ernährungsgewohnheiten, fixieren. Dabei werden, teils mit viel Phantasie, Klassifizierungen getroffen, die in der Regel quer zu den gesellschaftlichen Schichtmodellen der 60er und 70er Jahre liegen. Insbesondere Reusswig ist mit einigen bemerkenswerten Untersuchungen zu Lebensstilen in Erscheinung getreten (Reusswig 1994). Allerdings stellt sich die Frage, ob die daraus gewonnenen Erkenntnisse wirklich überraschend sind. Bereits Hirsch hatte mit seiner Theorie der Positionsgüter in den frühen 80er Jahren auf die Bedeutung des Konsums als Statussymbol hingewiesen (Hirsch 1980). Desgleichen machte er den Massenkonsum als entscheidende Ursache für die Belastung der Umwelt verantwortlich. Sowohl bei Hirsch, als auch in den neueren Untersuchungen bleibt jedoch unklar, in welchem Umfang der Konsum der privaten Haushalte an der gesamtgesellschaftlichen Umweltbelastung beteiligt ist.

Beispiel Energieverbrauch

In den öffentlichen wie wissenschaftlichen Verlautbarungen über den gesamtdeutschen Energieverbrauch wird betont, dass die Industrie in den letzten 15 Jahren ihren Energieeinsatz erheblich reduziert hat, jedoch der Energieverbrauch im Verkehrssektor und in dem der privaten Haushalte gestiegen ist. Um das zu belegen, wird in der Regel die Endenergieverbrauchsstatistik angeführt, da hier bereits die Energieverluste, die bei der Umwandlung der fossilen Energieträger in Strom (rund 30% des Primärenergieeinsatzes) und der so genannte nicht-energetische Verbrauch (die Nutzung fossiler Energieträger in der Produktion als Rohstoffe z.B. der chemischen Industrie) eliminiert worden sind.

In der folgenden Tabelle wird auf den ersten Blick diese Einschätzung gestützt. Als Ausgangswert wird dabei nicht umsonst der gesamtdeutsche Energieverbrauch im Jahr 1990 verwendet. Für dieses Jahr wurden der ost- und der westdeutsche Energieverbrauch einfach addiert und, um die These von der umweltfreundlichen Industrie zu stützen, mit den Daten der letzten Jahre verglichen. Ich verwende in der ersten Tabelle diese Daten:

Tabelle: Primärenergieverbrauch in PJ (Peta Joule):

Sektoren/Jahr	1990	2000
Verkehr	2573	2744
Private Haushalte	2380	2599
Handel/Gewerbe	1553	1483
Industrie	2978	2417
Kraftwerksverluste	4469	4015
Nichtenergetischer Verbrauch	958	1096
Gesamt:	14911	14305

Der Gesamtenergieverbrauch ist hiernach in 10 Jahren um immerhin etwa 4% gesunken, obwohl der Verkehr um 7% und die privaten Haushalte sogar um 9% zugenommen haben. Zu verdanken ist das Handel und Gewerbe (-5%) und vor allem der Industrie, die fast 20% weniger Energie verbraucht hat. Dazu kommen noch die Effizienzsteigerungen bei den Kraftwerken um 10%. Lediglich der industrielle nicht-energetische Verbrauch hat um 15% zugenommen. Hätten die privaten Haushalte und die Autofahrer so gespart wie die Industrie, läge der gesamtdeutsche Energieverbrauch 2000 sogar um 10% unter dem von 1990.

Handelt es sich hierbei jedoch um die angemessene Interpretation der empirischen Daten? Um diese Frage zu klären, füge ich folgende Tabelle mit den Daten aus den Jahren 1993 und 1994 und den jeweiligen Tiefst- und Höchstständen an:

Tabelle: Primärenergieverbrauch in PJ (Peta Joule):

Sektoren/Jahr	1993/1994	2000
Verkehr	2740	2744
Private Haushalte	2614	2599
Handel/Gewerbe	1389	1483
Industrie	2433	2417
Kraftwerksverluste 4015	4109	
Nichtenergetischer Verbrauch	888	1096
Gesamt:	14173	14305

Nehme ich die jeweiligen Tiefst- und Höchststände beim Primärenergieverbrauch aus den Jahren 1993/1994 zur Vergleichsgrundlage, zeigt sich ein völlig anderes Bild. Der Verbrauch im Verkehrssektor ist annähernd gleich geblieben, die privaten Haushalte haben sogar ein Prozent weniger verbraucht. Dagegen ist der Energieverbrauch in Handel und Gewerbe um 8% gestiegen, die Industrie verbraucht ein Prozent weniger, die Kraftwerkseffizienz ist nur um 4% gestiegen und der nichtenergetische Verbrauch der Industrie hat um 25% zugenommen.

Jetzt ließe sich über die selektive Auswahl der Vergleichsdaten diskutieren. Aber dagegen stehen ein paar historische Fakten, die keinesfalls unberücksichtigt bleiben dürfen. In den ersten Jahren nach der Wende hat das große Industriesterben in der ehemaligen DDR begonnen. Parallel dazu wurden die veralteten Braunkohlekraftwerke stillgelegt. Allein die Stilllegung der Kraftwerke brachte eine Senkung bei den Kraftwerksverlusten von 360 PJ, was fast 2,5% des Gesamtenergieverbrauchs entspricht. Die Schließung der maroden DDR-Betriebe brachte nochmals eine Energieersparnis von fast 550 PJ, wie eine Ersparnis beim nichtenergetischen Verbrauch um 80 PJ.

Nimmt man diese empirischen Grundlagen, wird deutlich, die Industrie hat weder die Energieeffizienz effektiv erhöht, noch den eigenen Verbrauch reduziert. Im Gegenteil, nach der Zerschlagung der DDR-Industrie, die faktisch nach nur drei Jahren Wiedervereinigung vollzogen war, hat der Energie- und Ressourcenverbrauch der Industrie wieder deutlich zugelegt.

Parallel dazu schlägt sich im gesamtdeutschen Energieverbrauch die Angleichung der Lebensverhältnisse nieder. Im Zuge der D-Mark-Einführung erhielten die Bürger der ehemaligen DDR zumindest im Ansatz einen ähnlichen Zugang zur motorisierten Mobilität und den Standards in Sachen Wohnqualität wie in der früheren BRD. Aber auch dieser Prozess war weitestgehend in den Jahren 1993 und 1994 abgeschlossen. Seitdem stagniert der Energieverbrauch in beiden Sektoren.

Diese völlig unterschiedlichen Interpretationen der

vorhandenen empirischen Daten sind, wie gesagt, der Selektion der Vergleichsdaten geschuldet, bewegen sich also ausschließlich im Rahmen der erhobenen Daten, die aber schon selektiv und ideologisch sind. Dazu ein paar Beispiele, die diese immanente Kritik belegen sollen:

Im Verkehrssektor wird nicht differenziert nach Güter- und Privatverkehr. Im Privatverkehr wird zudem nicht differenziert nach erwerbsbedingtem Verkehrsaufkommen und den ausschließlich den privaten Bedürfnissen entsprechenden Fahrten. Alternative Studien, die sich zumindest der Relation zwischen gewerblichem Güterverkehr und Privatverkehr widmen, kommen zu dem Ergebnis, dass etwa 60% gewerblich sind. Meine eigenen, wirklich nur exemplarischen Erhebungen zur durchschnittlichen Kilometerleistung der privaten Haushalte kommen zu dem Ergebnis, dass bei dem vermeintlich privaten Energieverbrauch im PKW-Sektor rund 60% den Fahrten zum Arbeitsplatz geschuldet sind. Im Ansatz ist das empirisch in der Studie »Zukunftsfähige, sozialinnovative Mobilität« (Zusomo) des Zentrums für Umweltforschung bestätigt worden. Man kann diese Daten aber auch nur als groben Richtwert für das Verkehrsaufkommen verwenden. Dennoch ergibt sich dann, dass rund 70% des Energieverbrauchs im Verkehrssektor ihren Ursprung in der Erwerbsarbeit und der Distribution wie der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen haben, also im wirtschaftlichen Sektor (die Forderung nach erhöhter Mobilität der Arbeitnehmer spielt hierbei eine nicht unwichtige Rolle).

Was aber ist noch ideologisch? Handel und Gewerbe werden nicht, obwohl es sich um wirtschaftliche Sektoren handelt, gemeinsam mit der Industrie betrachtet. Das Militär wird sogar gelegentlich dem privaten Sektor zugeordnet. Fasse ich aber den industriellen und gewerblichen Energieverbrauch, außerdem den gewerblichen Güterverkehr und die Fahrten zum Arbeitsplatz zusammen, sind fast 70% des gesamtdeutschen Endenergieverbrauchs der Wirtschaft zuzuordnen.

Des weiteren wird die Frage der Kraftwerksverluste selten in dieser Diskussion thematisiert, obwohl es sich um 30% des Energieverbrauchs handelt. Zum Hintergrund, Kraftwerke, die mit fossilen Energieträgern und auch der Kernenergie betrieben werden, haben oft einen Wirkungsgrad von unter 40% bei der Stromerzeugung. Solarenergieanlagen und Windkraftwerke haben einen Wirkungsgrad von 100% in der Statistik (diese Werte sind Grundlage der Statistik und selbst diskussionswürdig, aber das möchte ich nicht vertiefen). Durch Modernisierung der Kraftwerke, die Nah- und Fernwärmenutzung,

lässt sich der Wirkungsgrad sicherlich steigern. Aber dagegen sperren sich die Energieerzeuger. Worauf es jedoch ankommt, der in Deutschland produzierte Strom wird nur zu 20% von den privaten Haushalten genutzt. Rund 80% sind industrieller und gewerblicher Stromverbrauch. Damit sind aber auch 80% der Kraftwerksverluste ein Energieverbrauch der Industrie und des Gewerbes (immerhin handelt es sich um rund 3200 PJ im Jahr 2000). Das sind nochmals etwa 22% des gesamten Primärenergieverbrauchs.

Fasse ich alle diese Daten zusammen, sind knapp 25% des deutschen Primärenergieverbrauchs tatsächlich dem Endenergieverbrauch der privaten Haushalte und dem privaten Personenverkehr anzurechnen. Der Rest ist ein ökonomisches Problem, also eines der spezifischen Wirtschaftsweisen. Aber der ideologische Diskurs hat eine derartige Dominanz entwickelt, dass in der Nachhaltigkeitsdiskussion nur ein Viertel der Ursachen für die ökologischen Probleme thematisiert werden.

Perspektiven für eine nachhaltige Sozial- und Umweltpolitik

Das gravierende Problem in der Diskussion über die ökologische Krise stellt also die Dominanz des herrschenden Diskurses dar. Dem können sich offenbar auch die Kritiker der neoliberalen Politik nicht entziehen, wie im Positionspapier der BAG »Umwelt – Energie – Verkehr« der Linkspartei deutlich wird: die Umweltproblematik wird reduziert auf Energie- und Ressourcenschonung, Abfallvermeidung, Verkehrsvermeidung, Landschaftsschutz, Umweltbildung und internationale Gerechtigkeit. All die genannten Bereiche sind zweifellos wichtig für eine konkrete Umweltpolitik. Aber sie folgen der Problemdefinition des herrschenden Diskurses, der die Umweltproblematik in die Verantwortung der Konsumenten verschoben hat und damit die eigentlichen Verursacher, also die Produzenten, moralisch und praktisch entlastet.

Bevor jedoch über ein Konzept der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes angemessen diskutiert werden kann, müssen die Grundannahmen neu definiert werden. Nur so lässt sich auch ein angemessenes Verständnis für die Ursachen der ökologischen Krise entwickeln, das der gesellschaftlichen Produktionsweise entspricht. Wie am Beispiel des Energieverbrauchs verdeutlicht, hat die bisherige Umweltpolitik lediglich dazu geführt, dass die finanzielle Belastung der Konsumenten gestiegen ist. Gleiches gilt im Bereich Abfallwirtschaft. Die Industrie produziert aber kräftig weiter und steigert von Jahr zu Jahr ihre Exportraten. Deswegen steigen der Energie- und Ressourcenverbrauch trotz der stagnieren-

den Inlandsnachfrage. Letztlich sind die tatsächlichen Effekte der Umweltpolitik gering, weil die Ursachenbeschreibung ideologisch ist und die Lösungswege daher das Ziel verfehlen.

Für eine kritische Debatte ist es zwingend erforderlich, dass das Wirtschaftswachstum als Ursache der Umweltzerstörung und -belastung wieder in den Mittelpunkt rückt. Dieser Fokus erfordert jedoch auch die verstärkte Beachtung lohnabhängiger Beschäftigung, da sonst eine Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit zu erwarten ist. Der heute erreichte Grad der Produktivitätsentwicklung zwingt geradezu dazu, beide Aspekte, also soziale und ökologische Nachhaltigkeit, als Einheit zu behandeln. Jenseits der Ideologisierung wird nämlich deutlich, dass durch Wirtschaftswachstum in den fortgeschrittenen Industrieländern soziale Probleme nicht gelöst, sondern verschärft werden. Eine Lösung kann nur durch die sozialkulturelle Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erreicht werden, die in einem ersten Schritt mit der erheblichen Verringerung der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitszeit verbunden ist. Gleichzeitig bietet nur die Verringerung der Arbeitszeit die Option für eine politische Regulation des Wirtschaftswachstums auf einem ökologisch akzeptablen Niveau.

Raimund Köhn – Jg. 1962, lebt in Münster.

1983-1991 Studium der Soziologie, Geschichte, Germanistik mit Schwerpunkt Umweltsoziologie, Politische Theorie, Politische Ökonomie.

Arbeitete in verschiedenen Forschungsprojekten: u.a. Umweltforschung an der WWU-Münster, Technikfolgenabschätzung.

Zweiter Vorsitzender des Kreisverbandes Münster der WASG und Sprecher der WASG-NRW-Arbeitsgemeinschaft »Umwelt«.

Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2006 zum Thema Nachhaltigkeit (Auswahl)

Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung

17. MAI 2006 11 UHR BIS 18. MAI 2006 15 UHR

| SEMINAR | 306130

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat bereits in den vergangenen Jahren der Diskussion theoretischer Grundfragen nachhaltiger Entwicklung im Rahmen der Beratungen des Gesprächskreises Nachhaltigkeit, auf Tagungen und in Seminaren und durch Veröffentlichungen insbesondere in der Zeitschrift UTOPIE kreativ einen hohen Stellenwert beigemessen. Im Neuformierungsprozess einer sich verbreiternden linken Grundströmung in unserem Lande hat die Frage nach Alternativen für eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung einen zentralen Stellwert. Vor diesem Hintergrund realisiert der Gesprächskreis Nachhaltigkeit im Mai 2006 ein dreitägiges Seminar zu theoretischen Grundlagen nachhaltiger Entwicklung, um der anstehenden programmatischen Diskussion Impulse zu geben. Zu den Initiatoren des Seminars zählen u.a. Hubert Laitko (Berlin) und Joachim Spangenberg (Köln/Bad Oeynhausen).

Um eine intensive und ergebnisorientierte Diskussion zu ermöglichen, ist der Teilnehmerkreis auf max. 20 Personen begrenzt. Eine rechtzeitige verbindliche Anmeldung wird empfohlen. Im Vorfeld werden den Teilnehmern Thesen und Materialien zur Verfügung gestellt und es besteht die Möglichkeit, eigene Texte und Standpunkte einzubringen.

Veranstaltungsort: Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung,

Teilnahmebeitrag: 25 Euro (ohne Übernachtung)

Übernachtungsmöglichkeiten können auf Wunsch vermittelt werden.

Ansprechpartner in der RLS: Klaus Meier, Telefon: 030 44310145, E-Mail: meier@rosalux.de

Erneuerbare Energien: Subventionsfresser oder Wirtschaftswunder?

9. JUNI 2006 12 UHR BIS 11. JUNI 2006 14 UHR

| SOMMERSCHULE 2006 | 306131

Das Thema erneuerbare Energien spaltet Politik und Wirtschaft in Pro und Contra. Während die einen in erneuerbaren Energien die Lösung aller Umwelt- und Wirtschaftsprobleme sehen, verteufeln die anderen diese Energien als ineffizient, nicht ausreichend nutzbar und viel zu teuer: Rechnet sich Erzeugung und Einsatz erneuerbare Energien oder geht's nur mit Subventionen?

Können sie fossile Energien wirklich vollständig ersetzen oder ist das nur ein Traum von »Ökospinnern«?

Schafft der Sektor mehr neue Arbeits- und Ausbildungsplätze als er in der »Kohle« zerstört?

Steuert die Ökosteuer? – Wenn ja, wie und wohin?

Erneuerbare Energien – Chance für klein- und mittelständische Unternehmen und Klotz am Bein der Energieriesen oder umgekehrt?

Diese und andere spannende Fragen werden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diskutiert. Befürworter und Kritiker kommen gleichermaßen zu Wort und stellen damit das Thema erneuerbare Energien auf den Prüfstand. Interessante Beiträge mit konkreten Beispielen, Erfahrungen und Untersuchungen helfen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sich eine Meinung zu bilden.

Und was gibt's sonst noch? Viel zum Anschauen, Anfassen, Ausprobieren und Staunen: einen Kunst-Windpark, eine Holzpellet-Heizungsanlage, mehrere Solarautos, ein Fußboden, in dem Quark mit verarbeitet wurde, künstliche Eisbärenfelle zur Isolierung von Hauswänden, Fensterläden mit Solarzellen und wohnliche Innenräume mit Lehmputz statt Tapeten – und – noch ganz geheim:

Die Pläne für ein Solar-Power-Village und das weltweit erste CO² – freie Hotel!

Auch Kultur und Gemütlichkeit kommen nicht zu kurz. Lassen Sie sich überraschen.

Veranstaltungsort: Solarzentrum Mecklenburg-Vorpommern; Dorf Mecklenburg, 23966 Wietow, Haus 11

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bustransfer Freitag, 9.6.2006, 12 Uhr ab Berlin, zurück Sonntag, 11.6.2006, 14 Uhr ab Wietow;

Teilnahmebeitrag: 45 Euro (ermäßigt: 30 Euro)

Ansprechpartnerin in der RLS: Kerstin Schmidt, Telefon: 030 44310221, E-Mail: schmidt@rosalux.de